

Statement des Landeselternbeirats Kindertagesbetreuung zum Runden Tisch „Beitragsfreies und verbindliches letztes Kita-Jahr“

Sehr geehrter Herr Minister Jung,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Runden Tisch.

Der Landeselternbeirat Kindertagesbetreuung begrüßt ausdrücklich, dass bei diesem wichtigen Thema unterschiedliche Perspektiven zusammengebracht werden. Nur wenn Wissenschaft, Träger, Fachkräfte, Gewerkschaften, Verbände und Elternvertretungen ihre Erfahrungen und Expertise einbringen, kann eine Lösung entstehen, die fachlich fundiert, breit getragen und in der Praxis umsetzbar ist.

Aus unserer Sicht müssen bei diesem Thema zwei Stränge unterschieden werden: die Beitragsfreiheit als Frage der Finanzierung und die Verbindlichkeit des letzten Kita-Jahres als Frage der pädagogischen Ausgestaltung.

Beide Bereiche haben eigene Herausforderungen und müssen zunächst getrennt betrachtet werden. Sie dürfen aber nicht voneinander losgelöst werden: Eine Beitragsfreiheit braucht eine nachhaltige Finanzierung und ein verpflichtendes Kita-Jahr braucht klare Inhalte und verlässliche Rahmenbedingungen.

Beitragsfreiheit und Finanzierung

Ich möchte mit dem Thema Beitragsfreiheit beginnen, weil die in den vergangenen Jahren massiv gestiegenen Elternbeiträge Familien in Baden-Württemberg stark belasten. Die Ankündigung eines beitragsfreien letzten Kita-Jahres ist deshalb zunächst ein wichtiges Signal.

Sie darf aber nicht bei einer politischen Überschrift stehen bleiben.

Entscheidend ist die Frage: Führt diese Maßnahme tatsächlich zu einer spürbaren Entlastung für Familien – oder wird die Belastung lediglich in andere Kita-Jahre verschoben?

Es darf nicht passieren, dass Familien zwar im letzten Kita-Jahr entlastet werden, dafür aber insbesondere im kostenintensiven U3-Bereich stärker belastet werden.

Eine solche Verschiebung wäre keine Entlastung, sondern würde die Belastung nur an anderer Stelle fortsetzen.

Diese Frage zeigt aber auch ein grundlegendes Problem: Baden-Württemberg hat eine historisch gewachsene und komplexe Kita-Finanzierungsstruktur. Die Finanzierung basiert auf dem Zusammenspiel von Land, Kommunen, Trägern und Elternbeiträgen. Das Kindertagesbetreuungsgesetz schafft den rechtlichen Rahmen,

enthält aber kein vollständig einheitliches landesweites Finanzierungsmodell, das alle Finanzierungsbestandteile umfassend regelt.

Die Kindertagesbetreuung ist historisch in der kommunalen Daseinsvorsorge und der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Gleichzeitig verstehen wir frühkindliche Bildung heute als erste Stufe unseres Bildungssystems. **Daraus ergibt sich eine grundsätzliche Frage: Wird die heutige Verortung und Finanzierungsstruktur dieser Bedeutung noch gerecht?**

Denn wenn frühkindliche Bildung ein entscheidender Baustein für Chancengerechtigkeit ist, darf der Zugang nicht davon abhängen, in welcher Kommune ein Kind lebt oder welche finanziellen Möglichkeiten vor Ort bestehen. Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten sind wichtig und ermöglichen passgenaue Lösungen vor Ort. Gleichzeitig braucht es bei einer gesamtgesellschaftlich so bedeutsamen Bildungsaufgabe eine stärkere gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Trägern.

Gerade die Diskussion um ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr macht diese Frage noch dringlicher: Je stärker landesweite Bildungsziele und Verbindlichkeiten formuliert werden, desto stärker müssen auch die notwendigen Rahmenbedingungen verlässlich abgesichert werden.

Ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr kann deshalb ein wichtiger erster Schritt sein. **Es darf aber nicht das Ende der Debatte sein, sondern muss der Einstieg in eine grundlegende Reform der Kita-Finanzierung in Baden-Württemberg werden.**

Verbindlichkeit des letzten Kita-Jahres – pädagogische Ausgestaltung

Der zweite Strang betrifft die Verbindlichkeit des letzten Kita-Jahres und damit die Frage: **Was soll in diesem Jahr eigentlich passieren?**

Für den LEBK ist klar: Wir wollen kein Grundschuljahr 0, sondern ein starkes letztes Kita-Jahr auf Grundlage des eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Kita. Ziel darf nicht die Vorverlagerung schulischer Inhalte sein, sondern die ganzheitliche Entwicklung der Kinder und ein gelingender Übergang in die Grundschule.

Verbindlichkeit darf dabei nicht mit mehr Kontrolle oder zusätzlicher Bürokratie verwechselt werden. Ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr darf nicht zu neuen Verwaltungsverfahren führen, die wertvolle pädagogische Zeit binden. Verbindlichkeit muss vielmehr bedeuten, dass jedes Kind erreicht wird, eine verlässliche Bildungsbegleitung erhält und in seiner individuellen Entwicklung bestmöglich unterstützt wird.

Die fachliche Grundlage für das letzte Kita-Jahr muss dabei der weiterentwickelte

Orientierungsplan bilden. Er beschreibt den eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kita und nimmt die ganzheitliche Entwicklung des Kindes in den Blick. Entscheidend ist nun, dass er in der Praxis wirksam werden kann. Dafür brauchen die Einrichtungen Zeit, Ressourcen und verlässliche Rahmenbedingungen. Gleichzeitig sollten wir die Erfahrungen aus der Einführung und Umsetzung von SprachFit Säule 1 nutzen. Als (vermutlich) erste verbindliche Maßnahme bietet sie wichtige Erkenntnisse dafür, was in der Praxis funktioniert, wo Herausforderungen liegen und welche Rahmenbedingungen für weitere verbindliche Schritte notwendig sind.

Dabei müssen wir auch die 3-5% der Kinder in den Blick nehmen, die bisher keine Kita besuchen. Entscheidend ist nicht nur die Frage, wie wir diese Kinder erreichen, sondern auch: Mit welchen Voraussetzungen kommen sie und welche Unterstützung benötigen sie, um gut eingebunden und individuell begleitet werden zu können?

Gleichzeitig müssen wir realistisch bleiben: Ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr kann nicht auffangen, was über mehrere Jahre an Entwicklungsunterschieden entstanden ist. Wenn wir erst im letzten Jahr ansetzen, besteht die Gefahr, Herausforderungen lediglich um ein Jahr zu verschieben. Deshalb müssen wir die gesamte Kita-Zeit in den Blick nehmen und Kinder frühzeitig und kontinuierlich begleiten. Das letzte Kita-Jahr kann ein wichtiger Baustein sein – wirksam wird es aber nur auf der Grundlage einer guten frühkindlichen Bildung über die gesamte Kita-Zeit hinweg.

Damit ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr erfolgreich sein kann, braucht es vor allem Qualität: gute pädagogische Konzepte, ausreichend Fachkräfte und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kita, Familien und Grundschule.

Die Leitlinie muss deshalb sein: **Verbindlichkeit ja – aber als Qualitätsversprechen, nicht als zusätzliches Verwaltungssystem.** Ziel muss sein, Kinder gut auf den Übergang in die Schule vorzubereiten – ohne die Kita zur Vorschule zu machen.

Fazit: Ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr allein reformiert keine Finanzierung. Ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr allein verbessert keine Bildung. Beides braucht eine nachhaltige Gesamtstrategie.